

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

Sitzung vom 25. August 2010

1240. Sanierungsprogramm für den Staatshaushalt (San10), Massnahmen; Eckwerte KEF 2011–2014

1. Anstoss und Entwicklung des Sanierungsprogramms San10

1.1 Ausgangslage im September 2006 (KEF 2007–2010 vom 13. September 2006)

Im KEF 2007–2010 wurde für 2006 von einem realen Wirtschaftswachstum von 2,7% und für 2007–2010 von einem durchschnittlichen Wachstum von 2,0% ausgegangen. Dank der erwarteten günstigen Wirtschaftsentwicklung, dem Sanierungsprogramm 04 und dem Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 06 zeichnete sich eine Abnahme der hohen Defizite des Staatshaushaltes ab. Dazu kam das positive Rechnungsergebnis 2005 dank dem einmaligen Erlös aus den Goldverkäufen der Nationalbank. Für 2007–2009 wurden abnehmende Defizite und 2010 gar ein leichter Ertragsüberschuss ausgewiesen.

Die gute Wirtschaftslage bei gleichzeitigen Defiziten des Staatshaushaltes wiesen jedoch auf ein strukturelles Defizit hin. Darunter wird ein Defizit verstanden, das bestehen bleibt, wenn einmalige Einnahmen und Ausgaben sowie konjunkturelle Einflüsse herausgerechnet werden.

1.2 Legislaturziele 2007–2011

Am 12. September 2007 hat der Regierungsrat die Leitlinien und Ziele für die Legislatur 2007–2011 festgelegt. Als Teil der Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Zürich gibt das Legislaturziel 2 vor, das strukturelle Defizit im Staatshaushalt zu beseitigen.

Zu diesem Zweck solle eine Finanzstrategie des Regierungsrates festgelegt werden (Legislatormassnahme 2.1). Im Bericht «Legislaturziele des Regierungsrates 2007–2011 vom 12. September 2007» wird dazu auf Seite 11 ausgeführt: «Der gesetzlich notwendige mittelfristige Haushaltsausgleich und die anzustrebende Verstetigung der Finanzpolitik mit strategischen Handlungsspielräumen erfordern die Beseitigung des strukturellen Defizits. Die Verschuldung soll höchstens für die teilweise Finanzierung von Investitionen in zukunftsweisende Grossprojekte erhöht werden. Zudem wird bei steigenden Steuererträgen eine sinkende Steuerbelastung angestrebt, um interkantonal und international steuerlich konkurrenzfähig zu bleiben. Grundlage für die Finanzstrategie sollen

Szenarien für die langfristige Finanzentwicklung sein. Die Finanzstrategie zeigt auf, wie die Ziele mittelfristig erreicht werden sollen. Dazu werden die Finanzmittel festgelegt, die den Aufgabenbereichen sowie der Steuerstrategie zur Verfügung stehen.»

1.3 Weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise

Im Spätsommer 2007 platzte die Immobilienblase in den USA. Der Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers im September 2008 erschütterte den globalen Finanzsektor und verschärfte die weltweite Wirtschaftskrise. Ab 2008 verschlechterte sich die Wirtschaftslage auch im Kanton Zürich.

In der öffentlichen Wahrnehmung wurde die Wirtschaftskrise mit der Depression der 1930er-Jahre verglichen. Politische Forderungen nach einer kräftigen Steigerung der Ausgaben zur Konjunkturstützung wurden laut. Es musste zudem befürchtet werden, dass die Steuererträge im Kanton Zürich wegen der erheblichen Verluste der beiden Schweizer Grossbanken, des angeschlagenen Finanzsektors und der Schwierigkeiten der Exportwirtschaft in den kommenden Jahren einbrechen würden, was noch grössere Defizite zur Folge gehabt hätte. Der mittelfristige Haushaltsausgleich wäre in den nächsten Finanzplanungen praktisch unerreichbar geworden.

1.4 Die Eckwerte der Finanzstrategie 2010–2017 vom April 2009

Bei der Festlegung der Ziele der Finanzstrategie am 22. April 2009 ging der Regierungsrat davon aus, dass sich die Wirtschaft des Kantons Zürich in einer schweren Rezession befindet und dass sich die Konjunktur erst mittelfristig erholen würde. Soweit die konjunkturpolitischen Anforderungen und Rahmenbedingungen dies in der Wirtschaftskrise zulassen würden, sollten deshalb folgende finanzpolitischen Ziele verfolgt werden:

- Mittelfristiger Ausgleich der Erfolgsrechnung für die Jahre 2010–2017. Mit dem KEF vom September 2009 sollte eine möglichst günstige Ausgangslage geschaffen und die Erfolgsrechnung schrittweise entlastet werden, ohne eine prozyklische, die Wirtschaftskrise verschärfende Wirkung zu entfalten.
- Stabile Steuerquote bei gleichbleibender Aufgaben- und Lastenteilung zwischen Bund, Kanton und Gemeinden. Die Staatssteuererträge sollten nicht stärker als das Volkseinkommen ansteigen.
- Verschuldung aus Investitionstätigkeit ab 2012 längerfristig auf den Stand Ende 2008 zurückführen.

Zur Verbesserung der Ausgangslage für die Erreichung der längerfristigen Ziele der Finanzstrategie sollten kurzfristig

- die Budgetentwürfe 2010 auf das Niveau 2009 im KEF 2010–2013 beschränkt werden und
- das Wachstum des Aufwandes 2011–2013 im neuen KEF möglichst auf die vom Regierungsrat vorgegebene Entwicklung der Lohnsumme sowie die zusätzlichen, unabwendbaren Belastungen beschränkt werden.

1.5 Die Finanzplanungen der Direktionen Ende Mai 2009

Die ersten Ergebnisse der Finanzpläne der Direktionen führten in der konsolidierten Erfolgsrechnung in allen Planjahren zu Aufwandüberschüssen von 1,2 bis 1,9 Mrd. Franken. Sie kumulierten sich in der Planperiode 2010–2013 auf 6,3 Mrd. Franken. Die hohen Nettoinvestitionen und die hohen Defizite in der Erfolgsrechnung führten in allen Planjahren zu einer negativen Selbstfinanzierung. Die Folge wäre eine Zunahme der Verschuldung um 4,8 Mrd. Franken oder 75% auf 11,2 Mrd. Franken bis 2013 gewesen.

Bereits der vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise erarbeitete KEF 2009–2012 vom 10. September 2008 wies für die Erfolgsrechnung steigende Defizite von 90 Mio. Franken (2009) auf 530 Mio. Franken (2012) aus. Hauptverantwortlich für die weitere jährliche Verschlechterung von 0,8 bis 1,2 Mrd. Franken gegenüber dem vorgängigen KEF vom 10. September 2008 waren im Mai 2009 die Steuererträge. Diese wurden im Hinblick auf die Wirtschaftskrise und deren nicht absehbaren Folgen um 600 bis 800 Mio. Franken deutlich nach unten korrigiert. Zudem musste mit höheren Zahlungen an den interkantonalen Finanzausgleich (NFA) gerechnet werden aufgrund der Informationen der kantonalen Finanzverwaltungen. Dazu kamen weitere zusätzliche Belastungen bei den Direktionen von 100 bis 300 Mio. Franken jährlich.

1.6 KEF 2010–2013 vom 9. September 2009

Die Überarbeitung der Finanzpläne der Direktionen führte zu einer erheblichen Senkung der Defizite der Erfolgsrechnung. Dennoch wurde für die Planjahre 2010–2013 mit sehr hohen Aufwandüberschüssen gerechnet. Die wichtigste Ursache lag in den sinkenden Steuererträgen als Folge des Konjunkturerinbruchs. Zudem belasteten die geplante Steuergesetzrevision für die natürlichen Personen (darunter der Ausgleich der kalten Progression), die höheren Zahlungen an den interkantonalen Finanzausgleich sowie die Aufwandentwicklungen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich die Finanzplanung. Der mittelfristige Ausgleich wurde im KEF mit einem kumulierten Aufwandüberschuss 2006–2013 von 3,8 Mrd. Franken oder durchschnittlich 470 Mio. Franken pro Jahr deutlich verfehlt.

1.7 Auslösung des Sanierungsprogramms 2010 (San10)

Um den mittelfristigen Ausgleich 2006–2013 zu erreichen, hätte die Erfolgsrechnung im nächsten KEF vom September 2010 in den Jahren 2011–2013 um rund 1,3 Mrd. Franken jährlich entlastet werden müssen. Einerseits ist eine Entlastung in dieser Grössenordnung unrealistisch. Andererseits hätten ohne Sanierungsprogramm die 2009 prognostizierten Defizite für 2010–2013 von rund 4,6 Mrd. Franken zur Erreichung des mittelfristigen Haushaltsausgleichs in den Jahren 2014–2017 kompensiert werden müssen. Zudem wurde auch in Betracht gezogen, dass nach einem Wirtschaftsaufschwung 2011/2012 die Konjunkturentwicklung bereits 2014/2015 wieder kippen könnte.

Aufgrund dieser Ausgangslage leitete der Regierungsrat im September 2009 ein Sanierungsprogramm ein, um den mittelfristigen Haushaltsausgleich 2010–2017 zu sichern. Um eine gute Ausgangslage zur Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs 2010–2017 zu schaffen, sollten Sanierungsmassnahmen schon ab 2011 wirksam werden. Das Sanierungsprogramm San10 hatte den Ausgleich der Erfolgsrechnung 2013 zum Ziel. Die geplanten Investitionen sollten ebenfalls überprüft werden.

1.8 Ergebnis der Rechnung 2009

Nachdem bereits die Erfolgsrechnung 2008 um rund 340 Mio. Franken besser ausgefallen war als budgetiert, schloss auch die Rechnung 2009 um rund 180 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Die Direktionen schlossen besser ab, während die Steuererträge und die Anteile an Bundessteuern (Leistungsgruppe Nr. 4910) um 31 Mio. Franken unter dem budgetierten Ertrag lagen.

1.9 Sanierungsvorgaben für die Direktionen und die Staatskanzlei vom März 2010

Zusammen mit den Richtlinien für die Erstellung des KEF 2011–2014 und des Budgetentwurfs 2011 legte der Regierungsrat die Sanierungsvorgaben für die Direktionen und die Staatskanzlei fest. Die kantonalen Behörden und die Rechtspflege wurden eingeladen, ebenfalls einen Sanierungsbeitrag beizusteuern.

Aufgrund von Änderungen der Planungsannahmen wurde für 2013 eine Entlastung der Erfolgsrechnung von 130 Mio. Franken erwartet. Die festgelegten Lohnmassnahmen sollten 2013 weitere 120 Mio. Franken beitragen. Die Vorgaben für Massnahmen der Direktionen, der Behörden und der Rechtspflege betragen 510 Mio. Franken für 2013. Für 2013 ergab dies eine Entlastung von 760 Mio. Franken durch San10 und ein verbleibendes Defizit von 500 Mio. Franken. Wegen der grossen Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung und deren Folgen für den Staatshaushalt legte der Regierungsrat die Sanierungsvorgaben

niedriger an als es für den Ausgleich der Rechnung 2013 erforderlich gewesen wäre. Eine Neuurteilung und Entscheidung für das weitere Vorgehen zur Erreichung des Ziels eines ausgeglichenen Staatshaushalts wurden für Juni 2010 vorgesehen. Dann lagen einerseits die Massnahmenvorschläge San10 der Direktionen vor und andererseits wurden zuverlässigere Grundlagen für die Wirtschaftslage und die Lage des Staatshaushaltes erwartet.

Die Direktionen und die Staatskanzlei wurden beauftragt, ihre Saldi der Erfolgsrechnung in der Eingabe des KEF 2011–2014 gegenüber dem KEF vom 9. September 2009 (Finanzdirektion ohne finanzielle Leistungsgruppen Nrn. 4910–4970, Baudirektion ohne finanzielle Leistungsgruppe Nr. 8710)

- 2011 um 3% des Budgetsaldos 2010 zu verbessern, was eine Entlastung von 200 Mio. Franken ergibt sowie
- 2012 und 2013 um 5% des Saldos 2010 zu verbessern. Zusätzlich wurde eine Verbesserung von insgesamt 200 Mio. Franken vorgegeben, die entsprechend der Saldoentwicklung 2010–2012 auf die Direktionen verteilt wurde. Für 2012 und 2013 ergibt dies eine Entlastung von je 510 Mio. Franken.

Die Sanierungsmassnahmen der Direktionen und der Staatskanzlei sollten zudem das Nettoinvestitionsvolumen 2011–2013 so vermindern, dass sich bei einer ausgeglichenen Erfolgsrechnung für die Jahre 2011–2013 für die Nettoinvestitionen ein Selbstfinanzierungsgrad von 80% ergibt, allerdings ohne Berücksichtigung der Vorfinanzierung des Durchgangsbahnhofs Löwenstrasse und ohne Berücksichtigung des Polizei- und Justizzentrums.

1.10 Höherer Steuerertrag 2010

Am 23. Juni 2010 teilte die Finanzdirektion mit, dass sie 2010 mit Steuererträgen und Anteilen an Bundessteuern 2010 rechnet, die um 833 Mio. Franken über dem Budget liegen. In der Zwischenberichterstattung von 8. Juni 2010 wurde noch von einem Mehrertrag von 472 Mio. Franken ausgegangen.

Aufgrund der neuen Ausgangslage wurden die Steuerprognosen für 2011–2014 korrigiert. Die deutlich bessere Lage des Staatshaushaltes bewog den Regierungsrat, auf den Verzicht auf den Teuerungsausgleich zurückzukommen und Korrekturen am Sanierungsprogramm vorzunehmen.

2. Sanierungsmassnahmen Erfolgsrechnung

2.1 Übersicht Sanierungsbeiträge der Direktionen und der Staatskanzlei (im Anhang sind alle Massnahmen einzeln aufgeführt)

Tabelle 1: Übersicht Sanierungsbeiträge Erfolgsrechnung

(In Mio. Franken)	2011	2012	2013	2014	Total 2011–2014
Regierungsrat und Staatskanzlei	0,4	0,3	0,3	0,3	1,4
Direktion der Justiz und des Innern	23,7	39,6	39,2	39,2	141,7
Sicherheitsdirektion	50,6	66,6	71,4	71,4	260,1
Finanzdirektion	6,9	16,0	15,5	15,5	53,9
Volkswirtschaftsdirektion	13,8	23,0	20,0	20,0	76,8
Gesundheitsdirektion	40,6	147,4	147,2	147,0	482,0
Bildungsdirektion	52,5	109,5	115,1	115,1	392,2
Baudirektion	11,8	15,8	19,2	24,1	70,9
Total einschliesslich interne Verrechnungen	200,3	418,1	427,8	432,7	1479,0
Interne Verrechnungen *	3,7	20,7	23,3	28,4	76,1
Total ohne interne Verrechnungen	196,6	397,5	404,5	404,3	1402,9

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

* Bei den Massnahmen

- der Kantonspolizei, Abteilungen für verkehrsbezogene Aufgaben der Kantonspolizei aus dem Strassenfonds (Massnahme 3100-101),
 - des Generalsekretariats der Baudirektion, die Dienstleistungen für das Tiefbauamt zu verrechnen (Massnahme 8000-206), und
 - des Immobilienamtes, die Zinsen für das Polizei- und Justizzentrum schon während der Bauzeit zu belasten (Massnahme 8700-101),
- handelt es sich um interne Verrechnungen, die den Saldo der Erfolgsrechnung nicht verbessern.

Insgesamt handelt es sich um 221 Einzelmassnahmen mit einer Verbesserung von 1479,0 Mio. Franken für 2011–2014 (Tabelle 1).

Die Geschäftsleitung des Kantonsrates, die Finanzkontrolle, der Ombudsmann, der Datenschutzbeauftragte und die Rechtspflege wurden eingeladen, den Staatshaushalt entsprechend den Vorgaben für die Direktionen und die Staatskanzlei gegenüber dem KEF vom 9. September 2009 zu entlasten. Die Behörden und die Rechtspflege haben keine Massnahmen gemeldet.

2.2 Sanierungsmassnahmen San10 zur Verbesserung der Erfolgsrechnung (Zusammenfassung)

Tabelle 2: Sanierungsmassnahmen San10 zur Verbesserung der Erfolgsrechnung

(In Mio. Franken)	2011	2012	2013	2014	Total 2011–2014
Sanierungsbeiträge der Direktionen und der Staatskanzlei (Ziff. 2.1)	200,3	418,1	427,8	432,7	1479,0
Höhere jährliche Gewinnausschüttung der ZKB 2011–2013	30,0	30,0	30,0	30,0	120,0
Verbesserung durch Lohnmassnahmen*	9,0	94,0	85,0	85,0	273,0
Total Sanierungsmassnahmen	239,3	542,1	542,8	547,7	1872,0

* Die Verbesserung der Lohnsumme berechnet sich wie folgt:

	2011	2012	2013	2014	Total
Teuerungsausgleich	0	67	67	67	201
Individuelle Lohnerhöhung	9	18	18	18	63
Einmalzulage	0	9	0	0	9
Veränderung Total	9	94	85	85	273

Tabelle 2 zeigt die Verbesserungen 2011 bis 2013 gegenüber dem KEF 2010–2013 vom September 2009. Die Zahlen für 2014 weisen im Wesentlichen das gleiche Sparpotenzial wie 2013 aus. Ohne die San10-Massnahmen würde das Defizit 2014 um rund 550 Mio. Franken höher ausfallen.

Zum Sanierungsbeitrag 2011 von 239 Mio. Franken tragen die Massnahmen der Direktionen und der Staatskanzlei 200 Mio. Franken und die Lohnmassnahmen 9 Mio. Franken bei. Zudem wird mit einer höheren Gewinnausschüttung der ZKB von 30 Mio. Franken gerechnet.

Die Planung für 2013 wird um 543 Mio. Franken entlastet, wovon rund vier Fünftel (428 Mio. Franken) auf Massnahmen der Direktionen und der Staatskanzlei, 30 Mio. Franken auf die höher erwartete Gewinnausschüttung der ZKB und 85 Mio. Franken (16% der Entlastung) auf Lohnmassnahmen entfallen.

Die in Tabelle 2 dargestellten Verbesserungen durch Lohnmassnahmen zeigen die Wirkung gegenüber dem KEF vom 9. September 2009 auf den Personalaufwand für die kantonalen Angestellten, auf die Staatsbeiträge und Rückvergütungen. Dabei wird angenommen, dass

ein Lohnprozent 45 Mio. Franken entspricht. San10 enthält folgende Lohnmassnahmen, die gegenüber dem KEF vom 9. September 2009 zu einer Entlastung der Staatsrechnung führen:

- Verzicht auf den Ausgleich der Teuerung 2011, wirksam ab 1. Januar 2012,
- Verminderung der finanziellen Mittel für individuelle Lohnerhöhungen 2011 und 2012 um je 0,2% auf den Umfang der Rotationsgewinne von 0,4% der Lohnsumme,
- Verschiebung der Erhöhung der jährlich zu budgetierenden Einmalzulagen von 0,2 auf 0,4% der Lohnsumme von 2012 ins 2013.

3. Sanierungsmassnahmen Investitionsrechnung

Tabelle 3: Übersicht Sanierungsbeiträge Investitionsrechnung

(In Mio. Franken)	Nettoinvestitionen* 2011–2014 kumuliert
Regierungsrat und Staatskanzlei	0,0
Direktion der Justiz und des Innern	1,0
Sicherheitsdirektion	15,2
Finanzdirektion	2,0
Volkswirtschaftsdirektion	112,3
Gesundheitsdirektion	25,0
Bildungsdirektion	79,7
Baudirektion	53,2
Total	288,3

* Ohne finanzielle Leistungsgruppen der Finanzdirektion und der Baudirektion (v.a. ohne zentrale Korrektur der Abschreibungen in LG Nr. 4950) und ohne Vorfinanzierung Durchgangsbahnhof Löwenstrasse sowie ohne Polizei- und Justizzentrum.

Die Kürzungen der Investitionen haben keine direkten Auswirkungen auf das Personal.

Der Verzicht auf die Übernahme von Kostenanteilen an Wasserversorgungsanlagen durch den Kanton (Massnahme 8500-103) bedingt eine Änderung des Wasserwirtschaftsgesetzes und der Verordnung über die Wasserversorgung. Bei allen anderen Massnahmen mit Investitionskürzungen sind keine Anpassungen von Gesetzen oder interkantonalen Vereinbarungen notwendig.

4. Auswirkungen auf das Personal

Die Direktionen und die Staatskanzlei reichten insgesamt 21 Massnahmen mit einem Abbau von Personalstellen ein. Zwei Massnahmen führen zu zehn dauerhaften und zwei befristeten Neuanstellungen.

Die Sanierungsmassnahmen der Staatskanzlei und der Direktionen ohne die Bildungsdirektion führen insgesamt zum Abbau von rund 19 Stellen, der über Personalfluktuatation erreicht werden soll. Zudem wird auf die Besetzung von rund 17 Planstellen verzichtet. Lediglich eine Massnahme sieht die Kündigung einer halben Stelle vor.

Die Kürzungen der Staatsbeiträge bei den selbstständigen Anstalten im Bereich der Bildungsdirektion können zu Personalmassnahmen führen. Dies trifft auch für die Optimierung des Facility-Managements bei den Mittel- und Berufsschulen zu.

5. Auswirkungen auf die Gemeinden

Wie hoch die Belastung der Gemeinden durch die Massnahmen im Bereich der Volksschule ausfallen wird, kann zurzeit nicht beziffert werden, weil die Massnahme 7200-102 von der Umsetzung des neuen Finanzausgleichs (FAG) abhängig ist. Eine Mehrbelastung erfahren die Gemeinden durch die Übernahme der Transportkosten im Bereich Sonderschulen (8,9 Mio. Franken). Durch die Beibehaltung des heutigen Finanzierungsschlüssels in der Schulpsychologie ergibt sich keine Mehrbelastung für die Gemeinden. Hingegen können sich Mehrbelastungen ergeben durch die Aufhebung des Gesetzes über die hauswirtschaftliche Fortbildung. Einsparungen für die Gemeinden ergeben sich aus der Verschiebung des HarmoS-Schuleintrittsalters.

Die Massnahmen der Leistungsgruppe Finanzierung öffentlicher Verkehr entlasten die Gemeinden um 34,7 Mio. Franken.

Durch die Verminderung der individuellen Prämienverbilligung (Massnahme 6700-101) entstehen für die Gemeinden bei den Sozialhilfeempfängern keine Mehrausgaben, da in diesen Fällen die Differenz zwischen der gewährten individuellen Prämienverbilligung und der tatsächlichen Krankenkassenprämie vom Kanton finanziert wird. Indirekte Auswirkungen auf die Gemeinden sind in jenen Fällen denkbar, in denen Personen bereits bisher Anspruch auf Sozialhilfe oder Zusatzleistungen hatten, diesen Anspruch aber nicht geltend machten. Falls diese Personen durch die Verminderung der individuellen Prämienverbilligung neu nun ihren Anspruch auf Sozialleistungen geltend machen, kann eine Mehrbelastung für die Gemeinden entstehen.

6. Vorgehen

Die Massnahmen San10 sind im KEF 2011–2014 eingestellt.

7. Eckwerte KEF 2011–2014 und Budgetentwurf 2011

Der KEF 2011–2014 zeigt einschliesslich aller San10-Massnahmen folgende finanziellen Eckwerte:

Tabelle 4: Übersicht über die Eckwerte KEF 2011–2014

(In Mio. Franken)	Budget 2010	Erwartung 2010*	Budget- entwurf 2011	KEF 2012	KEF 2013	KEF 2014
Aufwand	-12513		-13006	-13285	-13510	-13688
Ertrag	11988		13117	12824	13170	13425
Saldo Erfolgsrechnung	-525	+166 bis +248	+111	-461	-339	-263
Eigenkapital	8880		9010	8565	8248	8011
Nettoinvestitionen	-1153	-1025 bis -1116	-788	-746	-899	-681
Selbstfinanzierungsgrad	13,8%		96,1%	17,0%	27,1%	48,3%
Verschuldung	-4912		-4943	-5562	-6216	-6568

– Aufwand/Aufwandüberschuss/Nettoinvestitionen/Verschuldung, + Ertragsüberschuss/Eigenkapital

* Zwischenberichterstattung I/2010 plus Schätzung Steueramt vom 21. Juni 2010 aufgrund Steuersollmeldungen der Gemeinden per Ende Mai 2010.

Der Budgetentwurf 2011 rechnet mit einem Ertragsüberschuss von 111 Mio. Franken. Die Finanzplanung zeigt dagegen für 2012 ein Defizit von 460 Mio. Franken. Die jährlichen Defizite verringern sich bis 2014 auf 260 Mio. Franken.

Mittelfristiger Ausgleich der Erfolgsrechnung

Werden die Erwartungen gemäss Zwischenberichterstattung I/2010 und die Schätzung des Steueramtes aufgrund der Steuersollmeldungen der Gemeinden berücksichtigt, ist der mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung für die Jahre 2007–2014 mit einem Ertragsüberschuss von 162–244 Mio. Franken erreicht.

Aufgeschlüsselt auf die Direktionen und die Staatskanzlei ergeben sich die folgenden Saldi der Erfolgs- und der Investitionsrechnung:

Tabelle 5: Saldi Erfolgsrechnung 2010–2014

(In Mio. Franken)	Budget 2010	2011	2012	2013	2014
Regierungsrat und Staatskanzlei	–20,0	–18,2	–17,2	–17,4	–17,7
Direktion der Justiz und des Innern	–616,0	–603,9	–598,1	–606,0	–614,9
Sicherheitsdirektion	–954,3	–961,7	–969,4	–1008,5	–1043,5
Finanzdirektion	5517,8	6284,4	5835,4	6069,6	6269,5
davon:					
4910 Steuererträge (Erwartung Juni 2010)	5351,1 (6184,0)	6223,0	5760,5	5970,1	6137,4
4960 Interkantonaler Finanzausgleich	–518,7	–492,6	–487,9	–461,6	–420,0
Volkswirtschaftsdirektion	–247,1	–266,6	–274,0	–243,9	–246,7
Gesundheitsdirektion	–1338,9	–1399,0	–1516,3	–1587,0	–1622,6
Bildungsdirektion	–2438,0	–2487,5	–2492,5	–2517,4	–2548,2
Baudirektion	–271,4	–272,7	–266,3	–264,9	–268,8
Übrige	–157,6	–164,2	–162,5	–163,8	–170,1
Total	–525,4	110,8	–460,7	–339,3	–263,1
(Erwartung Juni 2010)	(166–248)				

Tabelle 6: Nettoinvestitionen 2010–2014

(In Mio. Franken)	Budget 2010	2011	2012	2013	2014
Regierungsrat und Staatskanzlei	0,0	–0,4	–0,4	–0,3	–0,3
Direktion der Justiz und des Innern	–18,4	–16,8	–15,0	–9,4	–7,9
Sicherheitsdirektion	–51,0	–47,8	–47,7	–53,0	–61,8
Finanzdirektion	–15,5	224,1	186,0	108,9	81,5
davon:					
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen		236,7	216,2	118,1	87,5
Volkswirtschaftsdirektion	–295,4	–230,6	–178,7	–173,7	–35,1
Gesundheitsdirektion	–149,2	–191,1	–115,7	–112,1	–121,5
Bildungsdirektion	–153,6	–168,9	–163,2	–170,2	–168,8
Baudirektion (einschliesslich Reserve Regierungsrat Hochbau)	–308,3	–196,7	–272,1	–366,5	–241,7
Übrige	–162,0	–159,8	–139,0	–122,2	–125,3
Total	–1153,2	–788,0	–745,7	–898,5	–680,8

Die Finanzplanung geht wie in den vergangenen Jahren davon aus, dass nur 80% der ausgewiesenen Nettoinvestitionen verwirklicht werden. Im KEF 2011–2014 wird dies erstmals auch in der Investitionsrechnung berücksichtigt. Bei der Finanzdirektion (Leistungsgruppe Nr. 4950) sind die entsprechenden Planungskorrekturen eingestellt.

Auf Antrag der Finanzdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Massnahmen San10 gemäss Anhang werden festgesetzt.

II. Mitteilung an die Direktionen des Regierungsrates und die Staatskanzlei.



Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:

Husi

Anhang:

Sanierungsmassnahmen Erfolgsrechnung

Nummer	Leistungsgruppe	Massnahme	Sanierungs- beitrag 2011	Sanierungs- beitrag 2012	Sanierungs- beitrag 2013	Sanierungs- beitrag 2014	Gesetzliche Änderung
1000-101	Regierungsrat und Staatskanzlei	Reduktion Sachaufwand für Drucksachen	100 000	100 000	100 000	100 000	
1000-102	Regierungsrat und Staatskanzlei	Verzicht auf geplante neue Stelle	96 000	96 000	96 000	96 000	
1000-103	Regierungsrat und Staatskanzlei	Abbau von Aufträgen an Dritte	167 000	121 000	121 000	121 000	
1000-201	Regierungsrat und Staatskanzlei	Austritt aus Versammlung der Regionen Europas VRE	22 000	22 000	22 000	22 000	
	Staatskanzlei Total		385 000	339 000	339 000	339 000	
2201-201	Generalsekretariat: Führungsunterstützung / Zentrale Dienste	Verschiedene Aufwandsersparungen		150 000	150 000	150 000	
2204-101	Strafverfolgung Erwachsene	Erhöhung Gebühren und Bussen/Geldstrafen	3 150 000	3 950 000	3 950 000	3 950 000	
2204-102	Strafverfolgung Erwachsene	Erhöhung Beschlagnahmen	78 000	750 000	950 000	950 000	
2204-103	Strafverfolgung Erwachsene	Wertberichtigung auf Forderungen	800 000	1 400 000	1 200 000	1 200 000	
2204-104	Strafverfolgung Erwachsene	Dolmetscher, Dienstleistungen Dritter	1 305 000	1 320 000	1 320 000	1 320 000	
2205-101	Jugendstrafrechtspflege	Kostensenkung Schutzmassnahmen		805 000	805 000	805 000	
2206-101	Amt für Justizvollzug	Projekt «Bildung im Strafvollzug» reduzieren		200 000	1 000 000	1 000 000	
2206-102	Amt für Justizvollzug	Reduktion der Krankheitskosten GKZ		500 000	500 000	500 000	
2206-103	Amt für Justizvollzug	Reduktion der Vollzugskosten		2 000 000	2 000 000	2 000 000	
2206-104	Amt für Justizvollzug	Reduktion der Kioskkosten		200 000	200 000	200 000	
2206-105	Amt für Justizvollzug	Reduktion der kantonalen Klinikkosten		300 000	300 000	300 000	
2206-106	Amt für Justizvollzug	Erhöhung des Kostgeldertrages MZU		550 000	350 000	350 000	
2206-107	Amt für Justizvollzug	Erhöhung des Kostgeldertrages Pöschwies		1 100 000	900 000	900 000	
2206-108	Amt für Justizvollzug	Erhöhung der Bussen- und Geldstrafenadministration		600 000	500 000	500 000	
2206-201	Amt für Justizvollzug	Minimierung der Dienstleistungen Dritter (AL, Stab)		200 000			

Nummer	Leistungsgruppe	Massnahme	Sanierungs- beitrag 2011	Sanierungs- beitrag 2012	Sanierungs- beitrag 2013	Sanierungs- beitrag 2014	Gesetzliche Änderung
2206-202	Amt für Justizvollzug	Minimierung der Honorarzahlungen		300 000	200 000	200 000	
2206-203	Amt für Justizvollzug	Projekt «Bildung im Strafvollzug» wird reduziert		200 000			
2206-204	Amt für Justizvollzug	Reduktion der ausserkantonalen Klinikkosten		100 000	100 000	100 000	
2206-205	Amt für Justizvollzug	Reduktion der Anschaffungskosten		100 000	100 000	100 000	
2206-206	Amt für Justizvollzug	Reduktion des baulichen Unterhaltes		150 000	150 000	150 000	
2206-207	Amt für Justizvollzug	Reduktion der Vollzugskosten GKZ		50 000	50 000	50 000	
2206-208	Amt für Justizvollzug	Reduktion des Aufwandes für Insassen MZU		125 000	125 000	125 000	
2206-209	Amt für Justizvollzug	Erhöhung der Verkäufe MZU		125 000	125 000	125 000	
2207-101	Gemeindeamt	Erhöhung des Gebührenumsatzes bei den Einbürgerungen		600 000	600 000	600 000	
2207-201	Gemeindeamt	Kürzung der Beraterhonorare		100 000	100 000	100 000	
2215-101	Finanz- und Lastenausgleich	Erhöhung Steuerfussausgleichs-Rückerstattungen	9 500 000	11 500 000	11 500 000	11 500 000	
2221-101	Handelsregister	Erhöhung Gebühreneinnahmen	700 000	850 000	750 000	750 000	
2221-201	Handelsregister	Reduktion Dienstleistungen Dritter		100 000	100 000	100 000	
2223-101	Statistisches Amt	Erhöhung des Ertrags aus Dienstleistungen für Dritte	68 000	300 000	300 000	300 000	
2223-201	Statistisches Amt	Weniger Aufträge für Dienstleistungen an Dritte	15 000	100 000	100 000	100 000	
2223-202	Statistisches Amt	Reduktion der EDV-Nutzungskosten	70 000	200 000	200 000	200 000	
2224-101	Staatsarchiv	Reduktion Dienstleistungen Dritter		300 000	300 000	300 000	
2225-201	Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen	Gebührenerhöhung/Ausschöpfung Gebührenrahmen		150 000	150 000	150 000	
2233-201	Fachstelle Gleichstellung	Stellenabbau 2010	50 000	50 000	50 000	50 000	
2234-101	Fachstelle Kultur	Staatsbeiträge	7 551 500	8 518 500	8 431 200	8 431 200	
2241-201	Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	Verschiedene Aufwandminderungen		96 000	106 000	106 000	
2251-101	Bezirksratskanzleien	Mehrerträge aus konsequenter Leistungsverrechnung und Gebührenerhöhung		290 000	300 000	300 000	

Nummer	Leistungsgruppe	Massnahme	Sanierungsbeitrag 2011	Sanierungsbeitrag 2012	Sanierungsbeitrag 2013	Sanierungsbeitrag 2014	Gesetzliche Änderung
2251-201	Bezirksratskanzleien	Reduktion Sachaufwand, Personal und externe Mieten		160 000	150 000	150 000	
2262-101	Baurekurskommissionen	Gebührenanpassung		350 000	350 000	350 000	
2263-101	Steuerrekurskommissionen	Abbau Richterstellen	380 000	400 000	400 000	400 000	
2263-201	Steuerrekurskommissionen	Abbau 50%-Stelle im juristischen Sekretariat	50 000	50 000	50 000	50 000	
2270-201	Religionsgemeinschaften / kirchliche Liegenschaften	Reduktion Sachaufwand (ev. ref.)		40 000	40 000	40 000	
2270-202	Religionsgemeinschaften / kirchliche Liegenschaften	Reduktion Unterhalt Hochbauten (ev. ref.)		200 000	200 000	200 000	
2270-203	Religionsgemeinschaften / kirchliche Liegenschaften	Reduktion Sachaufwand (röm. kath.)		10 000	10 000	10 000	
2270-204	Religionsgemeinschaften / kirchliche Liegenschaften	Reduktion Unterhalt Hochbauten (röm. kath.)		50 000	50 000	50 000	
	Direktion der Justiz und des Innern Total		23 717 500	39 589 500	39 212 200	39 212 200	
3000-101	Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben	Reduktion bei den Dienstleistungen Dritter	100 000	100 000	100 000	100 000	
3000-102	Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben	Erhöhung der Verarbeitungskapazitäten bei Ausweisgeschäften	200 000				
3100-101	Kantonspolizei	Überprüfung der verkehrsbezogenen Aufgaben der KAPO und Abgeltung aus dem Strassenfonds		16 000 000	16 000 000	16 000 000	Strassengesetz (StrG)
3100-102	Kantonspolizei	Neubudgetierung Personalaufwand	1 000 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000	
3200-101	Strassenverkehrsamt	Erweiterung Prüfkapazität	600 000	800 000	800 000	800 000	
3200-102	Strassenverkehrsamt	Zunahme der Gebührenerträge	900 000	900 000	900 000	900 000	
3200-104	Strassenverkehrsamt	Reduktion von Anschaffungen und Unterhaltsarbeiten	50 000	400 000	400 000	400 000	
3200-201	Strassenverkehrsamt	Weitere Prozessoptimierungen in diversen Bereichen (z.B. E-Government)	50 000	150 000	150 000	150 000	

Nummer	Leistungsgruppe	Massnahme	Sanierungs- beitrag 2011	Sanierungs- beitrag 2012	Sanierungs- beitrag 2013	Sanierungs- beitrag 2014	Gesetzliche Änderung
3400-101	Amt für Militär und Zivilschutz	Zunahme Anteil Wehrpflichtersatzabgaben	150 000	200 000	200 000	200 000	
3400-201	Amt für Militär und Zivilschutz	Aufhebung Kreiskommando Standort Winterthur	60 000	80 000	80 000	80 000	
3400-202	Amt für Militär und Zivilschutz	Reduktion Entschädigung Stadt Zürich – Militärverwaltung	30 000	30 000	30 000	30 000	
3400-203	Amt für Militär und Zivilschutz	Reduktion Unterhalt Kasernenanlage Reppischtal	20 000	70 000	70 000	70 000	
3400-204	Amt für Militär und Zivilschutz	Reduktion Unterhalt Waffenplatz	30 000	30 000	30 000	30 000	
3400-205	Amt für Militär und Zivilschutz	Verzicht auf Anschaffung neuer Geräte/Maschinen	15 000	20 000	20 000	20 000	
3400-206	Amt für Militär und Zivilschutz	Verzicht auf Anschaffung neuer Geräte/Maschinen im Zeughaus	10 000	20 000	20 000	20 000	
3400-207	Amt für Militär und Zivilschutz	Reduktion Gebäudeunterhalt Uetlibergstrasse 113	20 000	20 000	20 000	20 000	
3400-208	Amt für Militär und Zivilschutz	Förderung Verkäufe Armeeshop und Zivilschutz-Material	25 000	50 000	50 000	50 000	
3400-209	Amt für Militär und Zivilschutz	Reduktion Gebäudeunterhalt Ausbildungszentrum Andelfingen	30 000	50 000	50 000	50 000	
3500-102	Sozialamt	Familienzulagen für Nichterwerbstätige: Neubudgetierung, Berücksichtigung der ersten Erfahrungswerte	18 700 000	18 200 000	17 900 000	17 900 000	
3500-103	Sozialamt	Betriebsbeiträge an Invalideneinrichtungen: Neubudgetierung aufgrund der neuen Vorgaben im KEF 2011–2014 betreffend Teuerung und Lohn-erhöhungen, Berücksichtigung der ersten Erfahrungswerte 2008 und 2009	14 500 000	11 600 000	9 400 000	9 400 000	
3500-104	Sozialamt	Wirtschaftliche Hilfe: Neubudgetierung mit Anpassung an verbesserte Wirtschaftsprognosen	13 900 000	14 700 000	22 000 000	22 000 000	
3600-201	Statthalterämter	Reduktion Aufwand insbesondere externe Mieten	100 000	100 000	100 000	100 000	
3600-202	Statthalterämter	Mehrerträge aus konsequenter Leistungsverrechnung	100 000	100 000	100 000	100 000	
	Sicherheitsdirektion Total		50 590 000	66 620 000	71 420 000	71 420 000	
4000-201	Generalsekretariat	Wissenschaftlicher Mitarbeiter (Planstelle)	80 000	160 000	160 000	160 000	

Nummer	Leistungsgruppe	Massnahme	Sanierungs- beitrag 2011	Sanierungs- beitrag 2012	Sanierungs- beitrag 2013	Sanierungs- beitrag 2014	Gesetzliche Änderung
4100-101	Finanzverwaltung	SAP-Betrieb, Einsparungen durch Neuvergabe	350 000	350 000	350 000	350 000	
4100-202	Finanzverwaltung	Verschiedene Budgetkürzungen		103 000	103 000	103 000	
4400-101	Steuern Betriebsteil	Reduktion des Sachaufwands in verschiedenen - Bereichen	3 350 000				
4400-102	Steuern Betriebsteil	Verkürzung Verfahrensdauer Inkasso Quellensteuer		12 500 000	12 500 000	12 500 000	
4400-104	Steuern Betriebsteil	Kürzung der Lohnsumme aufgrund KR-Budget- Entscheid vom Dezember 2010	1 300 000	1 300 000	1 300 000	1 300 000	
4500-101	Personalamt	Reduktion budgetierte Planstellen	320 000	320 000	320 000	320 000	
4500-102	Personalamt	Reduktion Budget Case Management	1 311 000	911 000	388 000	430 000	
4600-201	Direktionsübergreifende Informatik	Streckung der Umsetzung der Informatikstrategie	100 000	200 000	200 000		
4600-202	Direktionsübergreifende Informatik	Reduktion der Nutzung externer Dienstleistungen und der Beschaffung von Informatikmitteln	115 000	135 000	135 000	335 000	
	Finanzdirektion Total		6 926 000	15 979 000	15 456 000	15 498 000	
5000-101	Generalsekretariat	Reduktion Personalaufwand einschliesslich Sozialleistungen	384 000	456 000	456 000	456 000	
5000-201	Generalsekretariat	Reduktion Sachaufwand Europafragen	40 000	40 000	40 000	40 000	
5000-202	Generalsekretariat	Reduktion Sachaufwand Verhandlungen mit Deutschland	70 000	70 000	70 000	70 000	
5205-201	Amt für Verkehr	Reduktion Personalaufwand		50 000	50 000	50 000	
5205-202	Amt für Verkehr	Reduktion externe Aufträge		50 000	50 000	50 000	
5210-101	Finanzierung öffentlicher Verkehr	Kostensenkungen Verkehrsunternehmen	6 000 000	10 000 000	10 000 000	10 000 000	
5210-102	Finanzierung öffentlicher Verkehr	Kostensenkungen SBB	500 000	500 000	500 000	500 000	
5210-103	Finanzierung öffentlicher Verkehr	Verschiebung Angebotsausbauten	4 600 000	550 000	550 000	550 000	
5210-104	Finanzierung öffentlicher Verkehr	Reduktion Projekte	500 000	500 000	500 000	500 000	

Nummer	Leistungsgruppe	Massnahme	Sanierungsbeitrag 2011	Sanierungsbeitrag 2012	Sanierungsbeitrag 2013	Sanierungsbeitrag 2014	Gesetzliche Änderung
5300-101	Amt für Wirtschaft und Arbeit	Kürzung EG AVIG-Kredit (Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte)	300 000	800 000	800 000	800 000	
5925-101	Strassenfonds	Kürzung Beitrag an das Tiefbauamt (TBA)	1 400 000		7 000 000	7 000 000	
5925-102	Strassenfonds	Reduktion Unterhaltspauschale an Stadt Zürich		10 000 000			
	Volkswirtschaftsdirektion Total		13 794 000	23 016 000	20 016 000	20 016 000	
6000-101	Steuerung Gesundheitsversorgung	Anpassung Organisation an neues Spitalfinanzierungsgesetz	50 000	450 000	450 000	450 000	Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG)
6000-102	Steuerung Gesundheitsversorgung	Kürzung Sachmittel und Dienstleistungen Dritter	200 000	200 000	200 000	200 000	
6000-201	Steuerung Gesundheitsversorgung	Höhere Gebühreneinnahmen für Bewilligungen	100 000	100 000	100 000	100 000	
6100-101	Aufsicht und Bewilligungen Gesundheitswesen	Reduktion der Anzahl untersuchter Proben	190 000	255 000	255 000	255 000	
6100-201	Aufsicht und Bewilligungen Gesundheitswesen	Verrechnung von Gebühren im Kantonalen Labor	100 000	100 000	100 000	100 000	
6100-202	Aufsicht und Bewilligungen Gesundheitswesen	Automatisierung Wasseranalytik		50 000	50 000	50 000	
6100-203	Aufsicht und Bewilligungen Gesundheitswesen	Reduktion der Immunchemischen Analytik		50 000	75 000	75 000	
6100-204	Aufsicht und Bewilligungen Gesundheitswesen	Kürzung der Sachmittel beim Kantonalen Labor		25 000			
6100-205	Aufsicht und Bewilligungen Gesundheitswesen	Reduktion der Weiter- und Fortbildung von Personal und Beauftragten (amtliche Tierärztinnen und -ärzte) im Veterinäramt	100 000	100 000	100 000	100 000	
6100-206	Aufsicht und Bewilligungen Gesundheitswesen	Verzicht auf Rückstandsuntersuchungen (Antibiotika usw.) in Schlachtierkörpern	50 000	75 000	75 000	75 000	

Nummer	Leistungsgruppe	Massnahme	Sanierungsbeitrag 2011	Sanierungsbeitrag 2012	Sanierungsbeitrag 2013	Sanierungsbeitrag 2014	Gesetzliche Änderung
6100-207	Aufsicht und Bewilligungen Gesundheitswesen	Reduktion bzw. Verzicht auf externe Unterstützung z.B. durch Expertisen, Aushilfskräfte, Dienstleistungen Dritter		95 000	95 000	95 000	
6100-208	Aufsicht und Bewilligungen Gesundheitswesen	Anpassung der Gebühren für Inspektionen im Heilmittelbereich	60 000	60 000	60 000	60 000	
6100-209	Aufsicht und Bewilligungen Gesundheitswesen	Mehrerträge aus zusätzlichen Inspektionen aufgrund Umsetzung des Heilmittelgesetzes		40 000	40 000	40 000	
6200-201	Prävention und Gesundheitsförderung	Kürzung Aidsprävention	200 000	170 000	170 000	170 000	
6200-202	Prävention und Gesundheitsförderung	Kürzung beim Projekt «Stabilisierung des Bevölkerungsanteils mit einem BMI > 30»		180 000	180 000	180 000	
6300-101	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Reduktion der Separatabgeltung für medizinischen Fortschritt	3 000 000				
6300-102	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Reduzierte Mitfinanzierung ambulanter Anlage-nutzungskosten	10 000 000				
6300-103	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Reduktion der Beiträge für exogene Aufwandsfaktoren	17 000 000				
6300-104	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Umwandlung der kantonalen Investitionsbeiträge an nichtkantonale Spitäler in Darlehen		50 000 000	50 000 000	50 000 000	SPFG
6300-105	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Deckung der Spitalverluste aus der Behandlung von MTK-Patienten/innen (Unfall-, Invaliden- und Militärversicherung) durch Überschüsse aus der Behandlung von zusatzversicherten Patienten/innen		30 000 000	30 000 000	30 000 000	SPFG
6300-106	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Leistungsbezogene Sonderabgeltung an ärztliche Weiterbildung des USZ		5 000 000	5 000 000	5 000 000	
6400-101	Psychiatrische Versorgung	Ausschöpfung der Synergieeffekte von Fusionsprojekten	3 000 000				
6400-102	Psychiatrische Versorgung	Reduktion der Beiträge für exogene Aufwandfaktoren	3 500 000				
6400-103	Psychiatrische Versorgung	Ambulanten Ertrag erhöhen	3 000 000	2 000 000	2 000 000	2 000 000	

Nummer	Leistungsgruppe	Massnahme	Sanierungsbeitrag 2011	Sanierungsbeitrag 2012	Sanierungsbeitrag 2013	Sanierungsbeitrag 2014	Gesetzliche Änderung
6400-104	Psychiatrische Versorgung	Umwandlung der kantonalen Investitionsbeiträge an nichtkantonale Kliniken in Darlehen		7 000 000	7 000 000	7 000 000	SPFG
6400-105	Psychiatrische Versorgung	Benchmark für stationäre Abgeltung		3 000 000	3 000 000	3 000 000	
6400-106	Psychiatrische Versorgung	Kantonale Sonderabgeltung für Leistungen in psychiatrischen Tages- und Nachtkliniken unter Anwendung eines Benchmarkings		3 000 000	3 000 000	3 000 000	SPFG
6400-107	Psychiatrische Versorgung	Kantonale Sonderabgeltung für ambulante Leistungen in psychiatrischen Kliniken unter Anwendung eines Benchmarkings		3 000 000	3 000 000	3 000 000	SPFG
6700-101	Beiträge an Krankenkassenprämien	Reduktion des Kantonsbeitrages an die Prämienverbilligung von 100% auf 80%		42 400 000	42 200 000	42 000 000	EG KVG, § 17 Abs. 1
	Gesundheitsdirektion Total		40 550 000	147 350 000	147 150 000	146 950 000	
7000-101	Bildungsverwaltung	Austritt aus EDK-NW	141 000	205 000	205 000	205 000	
7000-102	Bildungsverwaltung	Einsparungen Dienstleistungen Dritter auf verschiedenen Kostenstellen	225 000	538 000	542 000	542 000	
7000-103	Bildungsverwaltung	Diverse Einsparungen auf verschiedenen Kostenstellen	415 000	1 519 000	1 519 000	1 519 000	
7000-104	Bildungsverwaltung	Schulpsychologie: Verkleinerung der geplanten Fachstelle (-200%)	156 000	312 000	312 000	312 000	
7000-201	Bildungsverwaltung	Reduktion Beitrag EDK-Ost	115 000	115 000	115 000	115 000	
7000-202	Bildungsverwaltung	Einsparungen «Honorare externer Berater»	42 000	153 000	153 000	153 000	
7000-203	Bildungsverwaltung	Querschnittmassnahmen	90 000	120 000	120 000	120 000	
7000-204	Bildungsverwaltung	Einsparungen «Miete und Pacht»	190 000	190 000	190 000	190 000	
7000-205	Bildungsverwaltung	Einsparungen «Stellenplan/CM»	68 000	130 000	130 000	130 000	
7200-101	Volksschulen	Schulpsychologie, Beibehaltung des heutigen Finanzierungsanteils		6 000 000	3 000 000	3 000 000	Volksschulgesetz und Verordnungen
7200-102	Volksschulen	Änderung Staatsanteil Lehrerbesehung bzw. Umsetzung Finanzausgleichsgesetz		25 000 000	25 000 000	25 000 000	Volksschulgesetz und Verordnungen

Nummer	Leistungsgruppe	Massnahme	Sanierungsbeitrag 2011	Sanierungsbeitrag 2012	Sanierungsbeitrag 2013	Sanierungsbeitrag 2014	Gesetzliche Änderung
7200-103	Volksschulen	Transportkosten Sonderschulung	1 900 000	3 500 000	3 500 000	3 500 000	
7200-104	Volksschulen	Elimination zusätzliche Mittel für Lohnrevision	8 000 000				
7200-105	Volksschulen	Senkung Schwankungsfonds (Schulheime)	2 500 000	2 500 000	2 500 000	2 500 000	
7200-106	Volksschulen	Verschiebung Umsetzung Harnos Schuleintrittsalter	1 400 000	2 600 000	2 600 000	2 600 000	Volksschulgesetz
7301-101	Mittelschulen	Vorgabe zur Budgetoptimierung an die Schulen	2 000 000				
7301-102	Mittelschulen	Hauswirtschaftskurse Mittelschulen Kurzgymnasien		3 200 000	4 500 000	4 500 000	Anpassung von § 27 Abs. 2 Mittelschulgesetz (vom Kantonsrat beschlossenen; noch nicht in Kraft gesetzt).
7301-103	Mittelschulen	Impuls Mittelschule / Entlastungen Lehrpersonen	300 000	300 000	300 000	300 000	
7301-104	Mittelschulen	Entlastungen Lehrpersonen nach Standards		600 000	600 000	600 000	
7301-105	Mittelschulen	Facility Management: Optimierung der Prozesse und der Organisationsstruktur		500 000	500 000	500 000	
7301-106	Mittelschulen	Zentraler Einkauf			350 000	350 000	
7301-107	Mittelschulen	Reduktion Pädagogische Informatik	250 000	250 000	250 000	250 000	
7301-108	Mittelschulen	Reduktion Unterhalt (Baukosten)	2 000 000				
7301-109	Mittelschulen	Anpassung Zinsen und Abschreibungen auf verminderte Investitionen		1 000 000	1 000 000	1 000 000	
7301-110	Mittelschulen	Höhere Einnahmen Langzeitgymnasium aufgrund Neubudgetierung	1 000 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000	
7306-101	Berufsbildung	Vorgabe zur Budgetoptimierung an die Schulen	1 400 000				
7306-102	Berufsbildung	Hauswirtschaftskurse Gemeinden		1 400 000	1 400 000	1 400 000	Gesetz über die hauswirtschaftliche Fortbildung
7306-103	Berufsbildung	Erträge für ausserkantonale Lernende Grundbildung	600 000	600 000	600 000	600 000	
7306-104	Berufsbildung	Entlastungen Lehrpersonen nach Standards		100 000	100 000	100 000	

Nummer	Leistungsgruppe	Massnahme	Sanierungs- beitrag 2011	Sanierungs- beitrag 2012	Sanierungs- beitrag 2013	Sanierungs- beitrag 2014	Gesetzliche Änderung
7306-105	Berufsbildung	Facility Management: Optimierung der Prozesse und der Organisationsstruktur		500 000	500 000	500 000	
7306-106	Berufsbildung	Zentraler Einkauf			350 000	350 000	
7306-107	Berufsbildung	Reduktion Pädagogische Informatik	250 000	250 000	250 000	250 000	
7306-108	Berufsbildung	Reduktion Unterhalt (Baukosten)		2 000 000			
7306-109	Berufsbildung	Reduzierte Abschreibungen infolge von Investitionsreduktion			400 000	400 000	
7306-110	Berufsbildung	Höhere Bundesgelder aufgrund Neubudgetierung	5 000 000	5 000 000	5 000 000	5 000 000	
7401-101	Universität (Beiträge und Liegenschaften)	Kürzung Staatsbeitrag	11 500 000	20 400 000	24 000 000	24 000 000	
7401-102	Universität (Beiträge und Liegenschaften)	Teuerungsausgleich IUV-Beitragssätze			5 000 000	5 000 000	
7402-101	Sonstige universitäre Leistungen	Neubudgetierung aufgrund der Studierendenzahlenentwicklung	1 700 000	3 600 000	3 600 000	3 600 000	
7406-9710-101	ZFH (Beiträge und Liegenschaften): ZHAW	Kürzung Staatsbeitrag	7 000 000	11 600 000	11 600 000	11 600 000	
7406-9720-101	ZFH (Beiträge und Liegenschaften): ZHdK	Kürzung Staatsbeitrag		4 300 000	4 000 000	4 000 000	
7406-9740-101	ZFH (Beiträge und Liegenschaften): PHZH	Kürzung Staatsbeitrag		4 100 000	4 000 000	4 000 000	
7407-101	Ausserkantonale FHS und Höhere Fachschulen	Neubudgetierung aufgrund der Studierendenzahlenentwicklung	1 500 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000	
7501-101	Jugend- und Familienhilfe	Abbau Schwankungsfonds stationäre Einrichtungen	2 200 000	2 200 000	2 200 000	2 200 000	
7501-102	Jugend- und Familienhilfe	Verzicht Subventionierung Jugendhäuser / Freizeitanlagen	590 000				
7502-101	Berufs- und Studienberatung	biz-Zusammenlegung / Standortoptimierungen		700 000	700 000	700 000	
	Bildungsdirektion Total		52 532 000	109 482 000	115 086 000	115 086 000	

Nummer	Leistungsgruppe	Massnahme	Sanierungsbeitrag 2011	Sanierungsbeitrag 2012	Sanierungsbeitrag 2013	Sanierungsbeitrag 2014	Gesetzliche Änderung
8000-201	Generalsekretariat	Stab: Reduktion Informatikaufwand	20 000	20 000	20 000	20 000	
8000-202	Generalsekretariat	Stab: Reduktion Dienstleistungen Dritter		82 000	82 000	82 000	
8000-203	Generalsekretariat	F+C: Reduktion Dienstleistungen Dritter	20 000	20 000	20 000	20 000	
8000-204	Generalsekretariat	F+C: Reduktion Informatikaufwand	20 000	20 000	20 000	20 000	
8000-205	Generalsekretariat	F+C: Reduktion Personalwerbung		4 000	4 000	4 000	
8000-206	Generalsekretariat	F+C: Erhöhung interne Verrechnung ans TBA		10 000	10 000	10 000	
8000-207	Generalsekretariat	BDO: Reduktion Dienstleistungen Dritter	38 000	58 000	58 000	58 000	
8000-208	Generalsekretariat	BDO: Reduktion Informatikaufwand	20 000	20 000	20 000	20 000	
8000-209	Generalsekretariat	BDKom: Reduktion temporäre Anstellungen		20 000	20 000	20 000	
8000-210	Generalsekretariat	HR: Weniger Personalwerbung	62 000	82 000	82 000	82 000	
8000-211	Generalsekretariat	HR: Funktionsänderung	37 000	37 000	37 000	37 000	
8000-212	Generalsekretariat	HR: Reduktion temporäre Anstellung		22 400	22 400	22 400	
8000-213	Generalsekretariat	HR: Verschiedene Kürzungen	35 000	35 000	35 000	35 000	
8000-214	Generalsekretariat	BAKU: Verrechnen des effektiven Aufwandes	60 000	60 000	60 000	60 000	
8000-215	Generalsekretariat	BAKU: Diverse Kürzungen	20 000	24 000	24 000	24 000	
8000-216	Generalsekretariat	BAKU: Reduktion temporäre Anstellungen		20 000	20 000	20 000	
8000-217	Generalsekretariat	BAKU: Reduktion BU um 0,25		20 000	20 000	20 000	
8100-101	Hochbauamt	Abbau von Arbeitsplätzen	200 000	500 000	500 000	500 000	
8100-102	Hochbauamt	Reduktion Sachaufwand (Informatikausgaben)	500 000	500 000	500 000	500 000	
8300-101	Amt für Raumplanung und Vermessung	Verzicht auf die geplanten 7,9 neuen Stellen in der Kantonalen Denkmalpflege	1 130 700				
8300-201	Amt für Raumplanung und Vermessung	Reduktion Personalkosten: Übrige Massnahmen	183 000	170 000	170 000	170 000	
8300-202	Amt für Raumplanung und Vermessung	Reduktion Sachaufwand extern	180 000	180 000	180 000	180 000	

Nummer	Leistungsgruppe	Massnahme	Sanierungsbeitrag 2011	Sanierungsbeitrag 2012	Sanierungsbeitrag 2013	Sanierungsbeitrag 2014	Gesetzliche Änderung
8300-203	Amt für Raumplanung und Vermessung	Reduktion Transferaufwand	15 000	15 000	15 000	15 000	
8300-204	Amt für Raumplanung und Vermessung	Tiefere Abschreibungen / Zinsen DLG	56 000	23 000	23 000	23 000	
8500-101	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Anpassung Kommunikationsaufwand geologisches Tiefenlager	179 000	178 000	178 000	178 000	
8500-102	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Erhöhung Wasserzinsen ab 2012		1 250 000	1 250 000	1 250 000	Das Bundesparlament muss dem Antrag seiner Sachkommissionen über die Erhöhung zustimmen.
8500-103	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Keine Kostenanteile an Wasserversorgungsanlagen	28 000	109 000	214 000	343 000	Wasserwirtschaftsgesetzes (WWG) / Verordnung über die Wasserversorgung (VO)
8500-104	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Reduktion Investitionsbeiträge an Abfallanlagen	101 000	166 000	196 000	194 000	
8500-105	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Kürzung Sachaufwand	1 261 000	2 020 000	2 545 000	2 545 000	
8500-106	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Anpassungen im Personalbudget	270 000	826 000	814 800	814 800	
8500-107	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Verschiedene kleine Massnahmen im Rahmen des ordentlichen Planungsprozesses	1 174 000	1 044 500	1 015 000	1 015 000	
8700-101	Immobilienamt	Umlagen PJZ Zinsen	3 688 600	4 643 200	7 321 500	12 373 200	
8700-102	Immobilienamt	Reduktion Dienstleistungen Dritter und übriger Sachaufwand	200 000	300 000	300 000	200 000	
8700-103	Immobilienamt	Kürzung im Unterhalt	250 000	100 000	200 000	100 000	
8800-101	Amt für Landschaft und Natur	Verpachtung Kompostieranlage Sürch	288 000	288 000	288 000	288 000	
8800-102	Amt für Landschaft und Natur	Reduktion Staatsbeiträge Walderhaltung	300 000	400 000	400 000	400 000	

Nummer	Leistungsgruppe	Massnahme	Sanierungs- beitrag 2011	Sanierungs- beitrag 2012	Sanierungs- beitrag 2013	Sanierungs- beitrag 2014	Gesetzliche Änderung
8800-103	Amt für Landschaft und Natur	Reduktion Staatsbeiträge Landwirtschaft		300 000	300 000	300 000	
8800-104	Amt für Landschaft und Natur	Steigerung Erträge landw. Produkte und Verkäufe	220 000	220 000	220 000	220 000	
8800-105	Amt für Landschaft und Natur	Reduktion Staatsbeiträge Feuerbrand		250 000	250 000	250 000	
8800-201	Amt für Landschaft und Natur	Reduktion Projektunterstützung Landwirtschaft	60 000	60 000	60 000	60 000	
8800-202	Amt für Landschaft und Natur	Reduktion Staatsbeiträge Naturschutz im Wald	150 000	150 000	150 000	150 000	
8800-203	Amt für Landschaft und Natur	Reduktion der Staatsbeiträge für LEK-Projekte	50 000	50 000	50 000	50 000	
8800-204	Amt für Landschaft und Natur	Reduktion Projektunterstützung Naturschutz	50 000	50 000	50 000	50 000	
8800-205	Amt für Landschaft und Natur	Verzicht auf Ersatz von Geräten	40 000	40 000	40 000	40 000	
8800-206	Amt für Landschaft und Natur	Verzicht auf Projektstellen	112 000	112 000	112 000	112 000	
8800-207	Amt für Landschaft und Natur	Reduktion Projektunterstützung Amtsleitung	70 000	70 000	70 000	70 000	
8800-208	Amt für Landschaft und Natur	Reduktion der Ausgaben für Lehrmittel	60 000	60 000	60 000	60 000	
8800-209	Amt für Landschaft und Natur	Reduktion der Vergütungen an Kommissionen		70 000	70 000	70 000	
8910-101	Natur- und Heimatschutzfonds	Verlangsamte Umsetzung Naturschutzgesamt- konzept	385 000	608 000	608 000	608 000	
8910-201	Natur- und Heimatschutzfonds	Leistungsreduktion im Bereich Archäologie	59 000	93 000	93 000	93 000	
8910-202	Natur- und Heimatschutzfonds	Leistungsreduktion in der Denkmalpflege, insbeson- dere im Bereich der Investitionen	98 000	155 000	155 000	155 000	
8910-203	Natur- und Heimatschutzfonds	Leistungsreduktion im Investitionsbereich von Ortsbild- und Landschaftsschutz	32 000	50 000	50 000	50 000	
8910-204	Natur- und Heimatschutzfonds	Reduktion im Bereich Liegenschaftenerwerb/ -bewirtschaftung für alle Bereiche des Fonds	103 000	162 000	162 000	162 000	
	Baudirektion Total		11 825 300	15 767 100	19 164 700	24 143 400	

Sanierungsmassnahmen Investitionsrechnung

Nummer	Leistungsgruppe	Massnahme	Sanierungsbeitrag 2011–2014 kumuliert
2270-101	Religionsgemeinsch. / kirchl. Liegenschaften	Verschiebung Investition Hochbau (Röm. kath. Kirche)	1 000 000
	Direktion der Justiz und des Innern Total		1 000 000
3000-103	Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben	Optimierungen bei der IT-Infrastruktur	200 000
3100-103	Kantonspolizei	Projektverschiebung/-verzicht	5 900 000
3200-103	Strassenverkehrsamt	Verschiebung von Hochbauprojekten	1 100 000
3300-201	Migrationsamt	verschobene Ablösung IT-Applikationen	100 000
3400-102	Amt für Militär und Zivilschutz	Verschiebung Rückbauten Zivilschutzanlagen	800 000
3400-103	Amt für Militär und Zivilschutz	Streichung Erneuerungsunterhalt Ausbildungszentrum Andelfingen und Waffenplatz	700 000
3500-101	Sozialamt	Investitionsbeiträge an Invalideneinrichtungen: Neubudgetierung mit Berücksichtigung von Bauverzögerungen bei der Auszahlung	6 300 000
3600-203	Statthalterämter	Einsparungen bei Informatikersatzbeschaffungen	50 000
	Sicherheitsdirektion Total		15 150 000
4100-201	Finanzverwaltung	Kürzung Investition IKS-IT-Tool	66 000
4400-103	Steuern Betriebsteil	Verzicht auf Hardware- und Software-Investitionen 2011–2013	1 828 000
4700-201	Drucksachen und Material	Investitionskürzung mit Bezug zur Informatik	80 000
	Finanzdirektion Total		1 974 000
5205-101	Amt für Verkehr	Geringere Investitionsbeiträge an Strassenbauprojekte	59 000 000
5300-102	Amt für Wirtschaft und Arbeit	Verringerung des Nettoinvestitionsvolumens bei den Wohnbaurdarlehen	3 000 000
5920-101	Verkehrsfonds	Verschiebung und Verzögerung von Projekten	50 300 000
	Volkswirtschaftsdirektion Total		112 300 000

Nummer	Leistungsgruppe	Massnahme	Sanierungsbeitrag 2011–2014 kumuliert
6300-107	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	KSW, Verzögerung beim Ersatz Hochhaus	12 000 000
6300-108	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	USZ, Verzögerung bei Absorptions-Kältemaschine	3 000 000
6300-109	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Triemli, Verzögerung bei Neubau Bettenhaus	5 000 000
6400-108	Psychiatrische Versorgung	ipw, Verzicht auf Pavillons 5 und 6 in Embrach	3 000 000
6400-109	Psychiatrische Versorgung	PUK, Fenstersanierung verzögert und redimensioniert	2 000 000
	Gesundheitsdirektion Total		25 000 000
7000-206	Bildungsverwaltung	Nettoinvestitionseinsparung	200 000
7200-107	Volksschulen	Nettoinvestitionseinsparung	9 160 000
7301-111	Mittelschulen	Nettoinvestitionseinsparung	14 965 000
7306-111	Berufsbildung	Nettoinvestitionseinsparung	12 641 000
7401-103	Universität (Beiträge und Liegenschaften)	Nettoinvestitionseinsparung	14 420 000
7402-102	Sonstige universitäre Leistungen	Nettoinvestitionseinsparung	4 200 000
7406-9710-102	ZFH (Beiträge und Liegenschaften); ZHAW	Nettoinvestitionseinsparung	22 477 000
7501-103	Jugend- und Familienhilfe	Nettoinvestitionseinsparung	1 440 000
7502-102	Berufs- und Studienberatung	Nettoinvestitionseinsparung	150 000
	Bildungsdirektion Total		79 653 000
8400-101	Tiefbauamt	Reduktion Investitionen Staatsstrassenprojekte	45 000 000
8500-103	Amt für Abfall, Wasser, Energie, Luft	Keine Kostenanteile an Wasserversorgungsanlagen	7 600 000
8500-104	Amt für Abfall, Wasser, Energie, Luft	Reduktion Investitionsbeiträge an Abfallanlagen	600 000
	Baudirektion Total		53 200 000